



EVP-ED



EUROPA-AKTUELL

März/April 2009

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments



Liebe Leserinnen und Leser,
in den vergangenen Wochen warnten einige Medien davor, dass "die EU" den Salzgehalt im deutschen Brot zwangsweise, also per Gesetz, senken wolle. Der öffentliche Aufschrei war dementsprechend laut. Sollten nun die Rezepturen unserer heimischen Brotsorten vorgeschrieben werden? Schnell stellte sich heraus, dass es sich um eine Falschinformation und eine insgesamt pauschale Kampagne gegen "Europa" handelte. In einem offenen Brief an das Europäische Parlament wies Kommissionspräsident Barroso darauf hin, dass sogenannte "Traditionelle Lebensmittel" wie bisher beworben werden dürfen. Richtig ist, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nach der so genannten "Health-Claims-Verordnung" bis zum 19. Januar 2009 "Nährwertprofile" für einzelne Lebensmittel bzw. für Lebensmittelkategorien vorlegen musste. Diese Nährwertprofile bestehen aus sehr niedrigen Grenzwerten für Fett, Zucker und Salz. Überschreitet ein Lebensmittel mehr als einen dieser Grenzwerte, darf es nicht

mehr mit einem Hinweis auf seinen besonderen Nährwert oder mit einem Gesundheitsbezug beworben werden. Es handelt sich hierbei also um eine Werbezensur, nicht aber um ein Verbot bestimmter Inhaltsstoffe in Lebensmitteln.

Im Ministerrat hatte die damalige Bundesministerin Künast und die einstige rot-grüne Bundesregierung den Verordnungsentwurf massiv unterstützt, und weder ihr Nachfolger Seehofer noch Kommissar Verheugen waren bereit, sich dagegen auszusprechen. Das "Salz-Problem" verdanken wir also der Zustimmung Deutschlands zur Health-Claims-Verordnung im Ministerrat, der Zustimmung insbesondere der Grünen im EP und der Verweigerung eines Einspruchs von Kommissar Verheugen im Vorfeld der Zweiten Lesung. Zu unterstreichen ist, dass gerade wir, die CDU/CSU-Gruppe im EP, uns in unserer gesetzgeberischen Arbeit seit vielen Jahren nach Kräften für das Lebensmittelhandwerk,

also auch für Bäcker und Konditoren, einsetzen. Besonders auf Druck der CDU/CSU-Europaabgeordneten will die Kommission nun die positiven Gesundheitsaussagen (Health-Claims) über traditionelle Brotsorten weiter zulassen. Richtigerweise will man auch auf die Grenzwerte und Vorgaben bei Traditionellen Lebensmitteln verzichten. Hierzu zählen traditionelle Produkte wie Obst, Gemüse, Fleisch, Milch, Fisch, traditioneller Käse und Fleischwaren.

Mit freundlichen Grüßen
Reimer Böge



Bild: Darf auch in Zukunft als "gesund" beworben werden - deutsches Brot

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Fremdsprachenunterricht

Es gibt eine 2. Ausgabe der Schlüsselzahlen zum Sprachenlernen an den Schulen in Europa. Sie bietet einen umfassenden Überblick über den Fremdsprachenunterricht von der Grundschule bis zur allgemeinbildenden Sekundarschule. Anhand von etwa 40 Indikatoren belegt die Studie die wachsende Unterstützung für Fremdsprachenunterricht in der allgemeinen Bildung und für das Erlernen einer Fremdsprache im frühen Kindesalter. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Der Fremdsprachenunterricht beginnt früher und in der Grundschule zunehmend als Pflichtfach, aber in der Stundenzahl begrenzt.
- In den meisten Ländern können die Schüler an allgemeinbildenden Sekundarschulen bereits jetzt zwei Fremdsprachen erlernen.
- 90 % aller europäischen Schüler lernen im Laufe ihrer Pflichtschulbildung Englisch. Wenn eine zweite Fremdsprache hinzukommt, werden Französisch und Deutsch favorisiert.
- In der Mehrheit der untersuchten Länder wird empfohlen, dass Lehrer nach ihrer Ausbildung befähigt sein sollten, eine Fremdsprache zu unterrichten. Aber nur wenige Länder empfehlen Mobilitätsmaßnahmen im Rahmen der Lehrerbildung.

Die deutsche Druckfassung der Studie ist für März/April 2009 angekündigt.

CO₂-Reduktion

350 europäische Städte wollen die CO₂-Emissionen um mehr als 20 % senken. Damit würde die EU-Zielmarke von 20% Einsparung bis 2020 übertroffen werden. Zu den 350 Unterzeichnern dieser Absichtserklärung (Bürgermeisterkonvent) gehören 21 deutsche Städte, darunter aus Norddeutschland die Städte Bremen, Hamburg und Hannover.

Die Rechnungslegung für Kleinunternehmen soll vereinfacht werden

Kleinunternehmen sind Betriebe, die im Geschäftsjahr durchschnittlich 10 Beschäftigte und einen Nettoumsatz bis zu 1 Mio. € oder eine Bilanzsumme bis zu 0,5 Mio. € haben. Kleinunternehmen unterliegen nach EU-Recht derzeit den gleichen Rechnungslegungsvorschriften wie große Unternehmen. Hier setzt der Richtlinienvorschlag der Kommission an. Danach sollen die Mitglied-

staaten die Verpflichtungen zur Erstellung von Jahresabschlüssen für Kleinunternehmen vollständig abschaffen können. Das Einsparungspotential wird von der Kommission für ein Kleinunternehmen auf jährlich rund 1200 EUR geschätzt. Wenn der Vorschlag die Zustimmung des Parlaments findet, kann die Entlastung des Kleinunternehmens Mitte 2010 in Kraft treten.

Einheitlicher Europäischer Luftraum bringt Fortschritte für Sicherheit und Umwelt

Fliegen in Europa soll sicherer werden. Dazu stimmte das Europäische Parlament über zwei Verordnungen ab, die einen weiteren Schritt hin zur Schaffung des einheitlichen europäischen Luftraums bedeuten. Wie der Koordinator der EVP-ED-Fraktion im Verkehrsausschuss Georg Jarzembowski (CDU) unterstreicht, soll die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) mehr Befugnisse bekommen, um in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten einheitliche Sicherheitsstandards zu garantieren. Sie soll künftig zuständig sein für alle Flugplätze, auf denen Instrumentenflugverkehr möglich ist. Damit diese Flugplätze eine Zulassung bekommen, müssen sie EU-einheitliche Vorgaben über Ausrüstung, Betrieb und Management einhalten. Mit einer zweiten Verordnung soll die Flugsicherung europaweit verbessert werden. In dem einheitlichen europäischen Luftraum soll die bisher in nationalen Räumen gegliederte Flugsicherung in länderübergreifende funktionale Luftraumblöcke neu organisiert werden. Neben einer verbesserten Sicherheit kommt dies auch der Umwelt zu Gute. Durch die Abschaffung bisheriger Sperrzonen und die Möglichkeit für direkte Routen zwischen zwei Flughäfen soll die Flugzeit für Verkehrsflugzeuge verringert werden. Dies senkt den Treibstoffverbrauch und damit auch den Schadstoffausstoß.

Der Binnenmarkt für Energie kann weiter ausgebaut werden

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der EU-Regierungen einigten sich auf neue EU-Vorschriften zum Binnenmarkt für Energie. Sie sollen den Wettbewerb intensivieren, Investitionen sichern und Verbraucherrechte stärken. Eine Zerschlagung der Konzerne wird es nicht geben. Die Verbraucher bekommen mehr Rechte und werden besser informiert. Die Einigung beinhaltet auch den von Deutschland und Frankreich erarbeiteten "Dritten Weg". Dieser sieht vor, dass Energiekonzerne, anders als von der Kommission vorgeschlagen, die Kontrolle über ihre Strom- und Gasnetze behalten dürfen. Die Unabhängigkeit des Netzbetreibers von der Muttergesellschaft soll durch Auflagen sichergestellt werden. So soll die in den Unternehmen für die Einhaltung der EU-Standards zuständige Person vom Unternehmen benannt, aber von der nationalen Regulierungsbehörde bestätigt werden können. Dazu sollen die nationalen Regulierungsbehörden gestärkt und unabhängiger werden. Die Alternative zur Trennung von Netz und Erzeugung ist ein Erfolg für Deutschland. Auf Initiative des Parlaments werden nun die Rechte der Verbraucher gestärkt. Künftig wird innerhalb von drei Wochen ein Wechsel des Anbieters möglich sein. In Deutschland sind es zurzeit zwei Monate. Daneben sollen Energieunternehmen die Verbraucher über ihre Rechte und die Möglichkeiten der Streitbeilegung informieren. Die Kunden können den Wettbewerb jetzt nutzen. Das wird die Akzeptanz der neuen EU-Regeln erhöhen und innovative Angebote der Anbieter bringen. Nach einer Verabschiedung durch das Plenum im April können die neuen Regeln noch vor der Europawahl am 7. Juni unter Dach und Fach gebracht werden.

Die Deckelung von Preisen für Mobilfunk-Textnachrichten (SMS) und Daten-Downloads im EU-Ausland (Roaming) ist unter Dach und Fach

Unterhändler des Europaparlaments und der EU-Regierungen einigten sich auf die Details der überarbeiteten EU-Verordnung zu Mobilfunkpreisen. Bis zum Sommer werden nun die unverhältnismäßigen Aufschläge bei SMS und Daten-Downloads im Ausland beendet sein. Die Endkundenpreise für aus dem Ausland versandte Textnachrichten sollen auf maximal 11 Cent begrenzt werden. Der Großhandelspreis soll bei maximal 4 Cent liegen. Eine Auslands-SMS kostet heute in der Spitze bis zu 80 Cent. Diese Aufschläge sind mit den tatsächlichen Kosten nicht begründbar. Künftig wird sich man sich daher auf einem realistischen Niveau bewegen. Für das Daten-Roaming soll die Obergrenze für den Großhandelspreis ab Juli 2009 bei einem Euro pro Megabyte (MB) liegen. Ab Juli 2010 gelten 80 Cent und ab Sommer 2011 dann 50 Cent. Ab einem Betrag von 50 Euro soll die Verbindung getrennt werden, um 'Schock-Rechnungen' zu vermeiden. Bisher sind Download-Preise von mehreren Euro pro MB die Regel. Auch die Obergrenzen für Gesprächsminuten im EU-Ausland sollen weiter gesenkt werden. Ab Juli soll der Maximalpreis bei 43 Cent für selbst getätigte

und 19 Cent für angenommene Anrufe liegen. Derzeit liegen die Limits bei 46 und 22 Cent. Ab Juli 2010 gelten 39 und 15 Cent, ab Juli 2011 35 und 11 Cent. Als Neuerung soll künftig ab 30 Sekunden eine sekundengenaue Abrechnung erfolgen. Die Laufzeit der neuen Verordnung soll bis 2012 begrenzt sein. Nach einer formalen Zustimmung des Rates und des Plenums, was für den April vorgesehen ist, kann die Neuregelung noch vor der Europawahl am 7. Juni in Kraft treten.

Pressemitteilungen:

1.) Neue EU-Vorschriften zu Industrieemissionen - einheitliche Emissionsobergrenzen sind richtig, einzelne Regelungen für Landwirtschaft gehen zu weit (10.03.2009)

Die EU-Vorschriften zu Industrieemissionen sollen neu gefasst werden. Das Europaparlament verabschiedete heute in erster Lesung das Paket, das sieben bestehende Richtlinien zusammenfasst. Damit soll der Verwaltungsaufwand gesenkt werden. Nach Schätzungen spart dies den betroffenen Unternehmen pro Jahr zwischen 105 und 255 Millionen Euro. Vom Gesetzgebungsverfahren sind etwa 52.000 größere Industrieanlagen in Europa betroffen, die für einen Großteil der Schadstoffemissionen in Europa verantwortlich sind. Geregelt werden Emissionsgrenzwerte für Schadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Feinstaub. Kritik übt der CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge an einzelnen Regelungen für die Landwirtschaft: "Neue Auflagen und Doppelregelungen für die Landwirtschaft sind nicht notwendig. Tierhaltungs- und Aufzuchtbetriebe sind in keiner Weise mit Industrieanlagen zu vergleichen, für die diese Richtlinie eigentlich zugeschnitten ist. Darüber hinaus geben Wasserrahmenrichtlinie, Grundwasserrichtlinie und Nitratrichtlinie einen ausreichenden Regelungsrahmen für Gewässerschutz. Mit der berechtigten Forderung der Herausnahme von Gülle aus dem Anwendungsbereich der Regelung haben wir uns durchgesetzt. Dazu ist es uns gelungen, überflüssige Vorgaben zur Geflügelhaltung zu verhindern", fasst Böge das Abstimmungsergebnis zusammen. Eine sehr knappe Mehrheit lehnte den Antrag der EVP-ED-Fraktion ab, Verweise auf die von der Kommission vorgeschlagene Bodenschutz-Richtlinie zu streichen. "Bodenschutz ist eine wichtige Aufgabe, aber keine europäische. Für Grund und Boden sind die Mitgliedsstaaten zuständig. Die tschechische Präsidentschaft wäre gut beraten, keine Regelung des Bodenschutzes auf europäischer Ebene in Angriff zu nehmen", so Böge. Insgesamt unterstützt Reimer Böge das vom Plenum verabschiedete Konzept des "Europäischen Sicherheitsnetzes", mit dem Emissionsobergrenzen für die Genehmigung von großen Industrieanlagen festgelegt werden. "Damit schaffen wir einheitlich hohe Standards und niemand kann sich damit auf Kosten der Umwelt einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Das nützt besonders Deutschland. Gleiche Bedingungen sind ein Hauptziel der Neuregelung", sagt der schleswig-holsteinische Abgeordnete abschließend.

2.) Europaabgeordneter Reimer Böge besuchte Herderschule in Rendsburg (09.03.2009)

Am heutigen „EU-Projekttag 2009 an deutschen Schulen“, der auf eine Initiative der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Regierungschefs der Länder in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zurück geht, besuchte der schleswig-holsteinische CDU Europaabgeordnete Reimer Böge die Herderschule in Rendsburg. Ziel dieses Projekttages sei, so Böge, durch Diskussionen mit Politikern und Vertretern europäischer Institutionen das Interesse der Schülerinnen und Schüler am europäischen Projekt zu wecken und ihr Verständnis für das Funktionieren der Europäischen Union zu vertiefen. „Das war ein sehr spannender und interessanter Vormittag, der auch Spaß gebracht hat“, war die erste Einschätzung des Europaabgeordneten. „Die Schülerinnen und Schüler hatten sich gut vorbereitet und waren mit großem Engagement dabei. Es wurden viele Fragen aus dem breiten Spektrum europäischer Themen wie z.B. der Energiepolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch mit Blick auf die derzeitige Krise, der Rolle der Türkei, der Außen- und Sicherheitspolitik bis zum neuen EU-Reformvertrag von Lissabon engagiert diskutiert“, teilte Reimer Böge dazu weiter mit. In diesem Zusammenhang betonte er: "Wir haben nicht viel Zeit, Europa für die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen. Dieses gemeinsame Interesse von 500 Millionen europäischen Bürgern darf nicht auf der Strecke bleiben". Nach der Diskussion freute sich Reimer Böge über die Feststellung, dass die Schülerinnen und Schüler Europa auch zunehmend als ihre Chance im Zeitalter der Globalisierung begreifen würden.

3.) "Quo vadis Europa?" - Warum wir den Reformvertrag von Lissabon brauchen

Mit Blick auf die Europawahl am 7. Juni dieses Jahres stellen sich gerade auch viele jungen Menschen die Frage, wie sich die weitere Entwicklung der Europäischen Union (EU) gestalten wird. Unter dem Motto „Quo vadis Europa?“ stand daher auch die heutige Informationsveranstaltung der Jungen Union in Elmshorn mit dem schleswig-holsteinischen CDU-Europaabgeordneten Reimer Böge, der Spitzenkandidaten seiner Partei für die Europawahl ist. Viele Fragen wurden dabei im Zusammenhang mit dem EU-Reformvertrag von Lissabon diskutiert. „Der Reformvertrag soll die Union neu begründen und alle alten Verträge ablösen“, so Böge. „Er ist auch Basis dafür, dass die EU der Bürger und Staaten nach innen wie nach außen handlungsfähiger wird. Nur auf dieser neuen Geschäftsgrundlage vermag Europa sich den Anforderungen der Globalisierung zu stellen.“ Weiter hob der schleswig-holsteinische Abgeordnete den konkreten Nutzen des Vertrages von Lissabon für alle EU-Bürger anhand von drei Beispielen hervor:

- Der Gewinner ist der europäische Bürger. Er erhält mit dem neuen Vertrag die Möglichkeit seine Grundrechte vor dem Europäischen Gerichtshof einzuklagen.
- Es wird mehr Transparenz und Demokratie auf europäischer Ebene geben. Durch eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente werden die Parlamentarisierung und die Subsidiarität gestärkt.
- Die internationale Handlungsfähigkeit wird gestärkt. Dies lässt sich besonders an einer neu strukturierten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU festmachen.

Als ein erfolgreiches Beispiel für gemeinsames, effektives Handeln der EU nannte Böge die neu geschaffene Struktur und Finanzierung der EU-Bildungsprogramme des Lebenslangen Lernens (COMENIUS, ERASMUS, LEONARDO DA VINCI). Im Rahmen der Verhandlungen mit Rat und Kommission zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013, für die Reimer Böge der zuständige Berichtserstatter des Europäischen Parlaments war, konnte er 800 Millionen Euro zusätzlich für die europäischen Bildungsprogramme durchsetzen. Damit seien jetzt für den Gesamtzeitraum 6,9 Milliarden Euro geplant. Abschließend betonte Böge: "Der Vertrag von Lissabon ist die richtige Antwort auf die heutigen Herausforderungen einer globalen Welt. Wir haben nicht viel Zeit, Europa für die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen. Dieses gemeinsame Interesse von knapp 500 Millionen europäischen Bürgern und zukünftiger Generationen darf nicht auf der Strecke bleiben."

4.) Europäisches Parlament beschließt Leitlinien zum Haushaltsreview (25.03.2009)

Mit großer Mehrheit stimmte heute in Straßburg das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) für einen Initiativbericht zur "Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007-2013". Berichtserstatter und Vorsitzender des Haushaltsausschusses Reimer Böge (CDU) sieht in dem heutigen Abstimmungserfolg eine eindeutige Positionsbestimmung des EP: "Mit diesem Bericht bekennt sich das EP zu der Notwendigkeit einer Haushaltsüberprüfung bis 2013. Wir fordern jetzt Rat und die Kommission auf, die notwendigen Anpassungen für einen flexiblen und modernen Finanzrahmen zu schaffen. Nur auf dieser Grundlage kann sich die EU den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Nur so können wir unsere Ziele in den Bereichen Forschung und Innovation, Entwicklungspolitik, Klimaschutz sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik erreichen." Böge fasst die vom EP geforderte realistische Halbzeitüberprüfung des EU-Haushaltes in drei Schritten zusammen:

- Die Behebung der Mängel und die Lösung der noch offenen Fragen im Kontext der jährlichen Haushaltsverfahren, nach Möglichkeit mittels größerer Flexibilität und erforderlichenfalls unter Inanspruchnahme eines Teils des Spielraums unterhalb der Eigenmittelobergrenze und die Bewertung der Halbzeitüberprüfung;
- Die Vorbereitung einer möglichen Anpassung und Verlängerung des derzeitigen Finanzrahmens bis 2015/2016, um einen reibungslosen Übergang zu einem System eines Finanzrahmens mit einer fünfjährigen Laufzeit zu gestatten. Dies würde eine mögliche Anpassung und Verlängerung der laufenden Programme nach Maßgabe der Rechtsvorschriften in Übereinstimmung mit der möglichen Verlängerung des Finanzrahmens bedeuten;
- Die Vorbereitung des nächsten Finanzrahmens, der 2016/2017 beginnen soll. Hierfür wird das im Jahr 2014 gewählte Parlament zuständig sein.

"Von großer Bedeutung für das EP ist, dass die Dauer des nächsten Finanzrahmens in Zukunft in

etwa deckungsgleich mit der jeweiligen Amtszeit von EP und Kommission ist. Dies stärkt die demokratische Legitimierung", so Böge. "Der neue Finanzrahmen sollte, nach der Europawahl 2014, am besten 2016 oder gegebenenfalls 2017 beginnen, um dann in eine fünfjährige Finanzplanung einzutreten. Damit ist eine ausreichende Zeitspanne für die Verhandlungen gewährleistet. Insgesamt ist dieses Ziel nicht verhandelbar. Wir verhandeln nur über den Weg dorthin. Nun ist die EU-Kommission aufgerufen, bis spätestens zum Herbst 2009 Vorschläge zur Überprüfung der Finanzplanung vorzulegen und Ende 2009 eine Bewertung der bestehenden Haushaltsvereinbarungen durchzuführen. Bis 2010 müssen auch alle bestehenden Programme einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden", so der CDU-Abgeordnete abschließend.



Bild: Reimer Böge, MdEP, besuchte Niederegger und besichtigte die Marzipan-Produktion. Besprochen wurden die Auswirkung der geplanten neuen europäischen Kennzeichnungs-Verordnung im Lebensmittelrecht sowie die Sanktionsliste der USA in Bezug auf die WTO-Auseinandersetzung zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Weiteres Thema war die Auswirkung der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Erfreulich waren die Nachrichten, die der Europaabgeordnete Reimer Böge überbringen konnte. Die kurzfristige Einführung der europäischen Lebensmittelinformationsverordnung und die Nährwertkennzeichnung werden nun doch noch einmal überarbeitet und die Beratungen auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Aber auch inhaltlich ist Bewegung bei der Europäischen Kommission erkennbar. Gesundheitsbezogene Angaben bei traditionellen Süßwaren werden voraussichtlich rausgenommen werden. Im Anschluss an das ausführliche Gespräch, erhielt Herr Böge einen Einblick in die Produktion. Begleitet wurde Herr Böge von Herrn Strait und Herrn Dr. Mahn.

Terminauswahl:

02.03.	Interview SH-Zeitungsverlag, Flensburg
02.03.	Kreisparteitag in Schleswig-Flensburg, Schleswig
04.03.	Europäisches Wirtschaftsgespräch, Berlin
05.03.	Gespräche mit Bundespräsident Köhler und Bundeskanzlerin Merkel, Berlin
06.03.	CDU Ortsverband Geesthacht
06.03.	Gespräch mit Schülern des Sachsenwald Gymnasium, Reinbek
06.03.	Interview Bergedorfer Zeitung, Hamburg-Bergedorf
09.03.	Diskussionsveranstaltung in der Herder Schule, Rendsburg
10.03.	Gilles Briatta, EU-Berater des französischen Premierministers, Straßburg
11.03.	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
11.03.	Treffen mit der Delegation der italienischen EVP-Europaabgeordneten, Straßburg
12.03.	Fachgespräch mit Studenten aus Schleswig-Holstein, Straßburg

12.03.	CDU Ortsverband Henstedt-Ulzburg
13.03.	VR-Landwirtschaftstag im Ostsee-Ferienpark, Weißenhäuser Strand
14.03.	Europagespräch mit der Jungen Union Schleswig-Holstein, Elmshorn
16.03.	Ortsvorsitzendenkonferenz Kreis Plön, Raisdorf
16.03.	Diskussion mit Schülern im Schiller Gymnasium, Preetz
17.03.	Besuch bei der Firma Niederegger, Lübeck
17.03.	Gespräch mit der Glinder Zeitung, Glinde
18.03.	Treffen mit dem stellvertretenden tschechischen Premierminister Vondra, Brüssel
18.03.	Treffen mit Vertretern der österreichischen Landwirtschaftskammern, Brüssel
20.03.	Wirtschaftsrat, Flensburg
20.03.	Redaktionsbesuch Dithmarscher Landeszeitung, Dithmarschen
20.03.	Treffen mit Junger Union, Dithmarschen
23.03.	Interview des Europarl TV zum Thema: Bericht zum Review, Straßburg
24.03.	EVP Arbeitsgruppe zum Haushalt, Straßburg
25.03.	Konferenz der Ausschussvorsitzenden, Straßburg
27.03.	Jubiläum Deutsch-Griechische Gesellschaft, Kieler Rathaus
30-31.03.	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
01.04.	Gespräche des Haushaltsausschusses mit tschechischer Ratspräsidentschaft, Prag
02.04.	Haushaltsverhandlungen mit der tschechischen Präsidentschaft
03.04.	Besuch im Zentrum der Berufsbildenden Schulen des Kreises Segeberg, Norderstedt
03.04.	Podiumsdiskussion zur Ostseekooperation, Heikendorf
04.04.	Jahresversammlung der Frauen-Union, Rendsburg
06.04.	Lions Club, Eckernförde

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de> **JETZT IN NEUEM "LOOK"**

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>